

**AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Landesamtsdirektion-Verfassungsdienst**  
7001 Eisenstadt, Freiheitsplatz 1

33/PP

Bundesministerium für Justiz  
Museumstraße 7  
1070 Wien

Eisenstadt, am 4. Mai 1999  
E-Mail: post.vd@bgld.gv.at  
Tel.: 02682/600 DW 2697  
Mag. Christina Philipp

**Zahl:** LAD-VD-B298/3-1999

**Betr:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über den Vertragsabschluss im Fernabsatz in das Konsumentenschutzgesetz eingefügt und das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 geändert werden (Fernabsatz-Gesetz)

**Bezug:** 7.012A/139.I.2/1999

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über den Vertragsabschluss im Fernabsatz in das Konsumentenschutzgesetz eingefügt und das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 geändert werden (Fernabsatz-Gesetz), erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, dass vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen kein Anlass zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen besteht.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:  
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:  
Dr. Handl-Thaller eh.

F.d.R.d.A.:

